Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen. — Bezugspreis für Abholer 1,40 Goldmark, in Papiermark bis einschließlich Montag 940 Milliarden Mark, zahlbar am 17. November. Auch durch d. Post zu beziehen. Preise freibleibend.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Bezugspreis frei ins Haus vom 17.—23. Nov. 1,50 Goldmark, bei Papiermarkzahlung bis Montag einschl. 1 Billion Mark. Einzelverkaufspreis 25 Goldpfennige.

Hamburger Echo

Anzeigenpreise verstehen sich in Goldmark: die 13gespalt. Petitzeile 40 Pfg., unter Ausschluß der „Gesch. Rundschau“, Priv. Familien-Anz. 10 Pfg. Stellenangebote 15 Pfennig, Stellengesuche 10 Pfg. Kleine Anzeigen bis 9 Zeil. die Zeile 10 Pfg., 10 b. 15 Zeil. 15 Pfg. Reklamezeile 1,40 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße Nr. 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 321. Dienstag, den 20. November 1923. 37. Jahrgang.

Klarheit gegen Stresemann.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montagnachmittag zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Im Verlauf der Debatte wurde allgemein über die in den letzten Wochen verfolgte Politik der Regierung scharfe Kritik zum Ausdruck gebracht. Die Fraktion faßte noch keinen endgültigen Beschluß. Es ist anzunehmen, daß sie bei der Abstimmung über die aus Anlaß der politischen Aussprache eingebrachten Anträge der Reichsregierung durch einen eigenen Antrag ihr Mißfallen über die Politik der letzten Wochen aussprechen wird. Eine endgültige Stellungnahme wird in der am Dienstag nach Beendigung der Reichstagssitzung angesetzten Fraktionssitzung erfolgen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt dazu:

Am Sonntag hat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei seinem Führer und gegenwärtigen Reichskanzler Dr. Stresemann mit großer Mehrheit ein Vertrauensvotum ausgestellt, das gleichzeitig als Mißtrauensvotum gegen die oppositionellen und auf eine bedingungslose Zusammenarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei eingeschworene Minderheitsgruppe in der volksparteilichen Fraktion zu werten ist. Eine Klärung hat sich aber bisher aus diesem Beschluß nicht ergeben; denn die politischen Hohlköpfe Maretzky, Quaatz und Heinze scheinen auch weiterhin zu beabsichtigen, als deutschnationale Agenten in der Volkspartei und ihrer Reichstagsfraktion zu verbleiben. Selbst wenn das nicht der Fall wäre und die deutschnationalen Volksparteiler aus dem Ergebnis der Zentralvorstandssitzung die für einen charakterfesten Politiker selbstverständlichen Folgerungen gezogen hätten, würde das an der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Reichsregierung nichts ändern. Denn auch die Rede des Reichskanzlers vor seinen Parteifreunden ist für uns alles andere als befriedigend. Kein Wort hat er dem Ausnahmezustand gewidmet, obwohl ihm genau bekannt sein dürfte, daß die in Thüringen eingesetzte Reichswehr gerade gegenwärtig auf dem besten Wege ist, ähnliche Zustände zu schaffen wie in Sachsen, nachdem dort der sozialdemokratischen Regierung ebenfalls die Vollzugsgewalt aus den Händen genommen wurde. Auch gegenüber Bayern ist von einer Aenderung in der bisherigen Haltung des Reiches nichts zu verspüren. Statt dessen glaubte der Reichskanzler, seine Vergangenheit rechtfertigen und einen Vergleich zwischen seinem Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen und dem gegen Bayern ablehnen zu müssen. Er hat sich bei dieser Gelegenheit offensichtlich der Unwahrheit bedient, als von ihm die Behauptung aufgestellt wurde, daß in Bayern das Eigentum niemals bedroht worden sei und deshalb kein Anlaß zur Reichsexekutive vorlag. Vielleicht gibt der bayrische Innenminister Dr. Schweyer dem Reichskanzler eine nähere Erklärung darüber, warum mit seiner Zustimmung Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterwehr in Bayern bewaffnet und bei unruhigen Tagen in das Gebäude der „Münchener Post“ gelegt wurden. Er dürfte kaum bestreiten können, daß diese Maßnahme nicht zum Vergnügen, sondern zum Schutze der „Münchener Post“ vor Uebergriffen der nationalsozialistischen Banden, also zur Sicherung des Eigentums, gestattet wurde. Es ist übrigens schade, daß der Verlag der „Münchener Post“ den Zustand seiner Verlagsräume nach dem Besuch der Nationalsozialisten nicht bildlich festgehalten hat. Vielleicht ist das noch nachzuholen als Illustration dafür, wie in Bayern das Eigentum der „Marxisten“ geschützt wird.

Nicht allein durch diese Illustration könnte Herr Stresemann überführt werden. Es gibt endlose andere Fälle, die gegen den Reichskanzler sprechen. Hunderte von sozialdemokratischen Familienvätern dürften gern bereit sein, Auskunft darüber zu geben, in welchem Maße die verfassungsmäßige bayrische Regierung ihren Familienangehörigen und ihren Wohnungseinrichtungen bisher hat Schutz angedeihen lassen. Aber es scheint, daß die Ueberfälle auf sozialdemokratische Parteiangehörige den Reichskanzler ebenso wenig interessieren wie das gesetzwidrige Gesamtverbot der sozialdemokratischen bayrischen Presse. Selbst in der nächsten Umgebung des Herrn v. Kahr wird dieses Verbot als unbegründet und gesetzwidrig betrachtet. Der bayrische Presseverband hat sich aus diesem Grunde bereits veranlaßt gesehen, bei dem bayrischen Generalstaatskommissar vorzusprechen und eine Aufhebung des Verbots zu verlangen, nur Herr Stresemann, der angeblich so viel auf die Sicherung der „Staatsautorität“ — wie ich sie auffasse — gibt, verzichtet darauf, gegen eine verfassungswidrige Handlung einer Person, deren Existenz ebenfalls ungesetzlich ist, zu protestieren. In Bayern duldet er also, entgegen seinen sonstigen Redensarten über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, daß durch verfassungswidrige Handlungen Unruhe in breite Kreise der Bevölkerung getragen wird und mehrere hundert Angestellte gezwungen werden, infolge des Verbots der Zeitungen die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen.

Stellt man den geduldeten Zwang zur Arbeitslosigkeit in Bayern in Vergleich zu dem Verhalten gegenüber den Erwerbslosen und Sozialrentnern im Ruhrgebiet, dann ergibt sich erst die Jämmerlichkeit der gegenwärtigen Regierungspolitik. Für die Aermsten der Armen im Ruhrgebiet ist kein Geld mehr vorhanden, sie sollen den Separatisten und Franzosen in die Arme getrieben werden, während die Mittel des Reiches für die Mißwirtschaft des Herrn Kahr immer noch ausreichen und auch für die nutzlose Verschiebung der Reichswehr nach und in den Ländern mit sozialistischen Regierungen die Gelder noch erübrigt werden können. Solange dieser Zustand anhält und die Regierung die Gehälter der Beamten in den besetzten Gebieten zahlen kann und will, solange erachtet die Sozialdemokratie die Absicht der Reichsregierung, die Zuschüsse für die minderbemittelten Bevölkerungskreise im Ruhrgebiet zu sparen, für unberechtigt. Ueberhaupt hat es den Anschein, daß die Regierung mit den geplanten Maßnahmen lediglich den Zweck verfolgt, sich der ihr zukommenden Verantwortung für die zukünftige Entwicklung im Ruhrgebiet frühzeitig zu entledigen und sie einem kleinen Ausschuß zu übertragen, obwohl sie hierzu ohne Zustimmung des Reichsrats und des Reichstags ein Recht nicht hat. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, für Maßnahmen, die als Mangel an Mut zur Verantwortung betrachtet werden müssen, ihre Zustimmung zu geben.

Eine Partei von der Größe der Sozialdemokratie muß aus der Inkonsequenz der gegenwärtigen Reichsregierung, aus ihrer Einstellung zu der Innen-, Außen- und kapitalistischen Wirtschaftspolitik die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen, sobald das möglich ist. Mit dem Zusammentritt des Reichstags, der heute erfolgt, ist die Möglichkeit gegeben, Klarheit zu schaffen. Diese Klarheit ist notwendig im Interesse Deutschlands, und sie muß geschaffen werden trotz der Hinweise des Reichskanzlers auf die schwebenden Kreditverhandlungen und deren Gefährdung durch eine Kabinettskrise. Noch bei allen Krisen, die Herr Stresemann als Reichskanzler bisher erlebte, bediente er sich der auch jetzt wieder angewandten Taktik. Wir geben zu, daß im Augenblick tatsächlich Kreditverhandlungen schweben, aber wir können nicht einsehen, daß ein Ergebnis dieser Verhandlungen mit der Reichskanzlerschaft Stresemanns steht und fällt. Die ausländischen Unterhändler geben ihren Kredit nicht der gegenwärtigen Regierung, und nicht aus Liebe zu unserm Volke, sondern aus eigenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Sie werden auch Warenkredite geben, wenn ein anderer Mann an die Stelle des gegenwärtigen Reichskanzlers tritt. Die Hauptsache ist, daß hierzu die notwendigen Bürgschaften aufgebracht werden. Ob Herr Stresemann das besser und leichter vermag als ein anderer Politiker, möchten wir sehr dahingestellt sein lassen. Jedenfalls kann die Sozialdemokratie seine jetzige Taktik nicht als Grund zur Verschiebung der doch einmal zwischen uns und der gegenwärtigen Regierung notwendigen Klärung anerkennen. Sie dürfte deshalb die in den letzten Wochen von dem dritten Kabinett Stresemann verfolgte Politik mit einem Antrag im Reichstag, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, beantworten.

*

Am Montag wurden die Verhandlungen der Regierung mit **dem Fünfzehner-Ausschuß für das besetzte Gebiet** fortgeführt. Es handelt sich um die Abwehr der französischen Autonomiepläne, denen der Weg bereitet ist durch die Regierungserklärung, daß nach dem 25. November die Unterstützungen für die Erwerbslosen und Sozialrentner in den besetzten Gebieten nicht mehr gezahlt werden können und deshalb die Bevölkerung aus eigener Kraft die Maßnahmen treffen soll, die zur Erhaltung ihres Lebens notwendig sind. Zu diesem Zweck ist die Bildung eines kleinen Ausschusses geplant, der sich aus Vertretern der Wirtschaft und der politischen Parteien, wie der Fünfzehnerausschuß, zusammensetzen soll. Ob es ihm gelingt, die bestehenden staatsrechtlichen Formen, also den Verbleib des Rheinlandes beim deutschen Reiche zu sichern, bleibt abzuwarten.

Ueber den Verlauf der Erörterungen im Fünfzehnerausschuß erstattete die Regierung im **Auswärtigen Ausschuß des Reichstages** Bericht. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Fraktionen nahmen hierauf Stellung. Der Beschluß der Sozialdemokratischen Fraktion ist oben verzeichnet. Sie hat zu Rednern in der politischen Aussprache die Genossen Wels und Rosenfeld bestimmt.

In der Zentrumsfraktion will der weitaus größte Teil sich an einem Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Stresemann nicht beteiligen. Nach ihrem Willen soll das Zentrum an dem Kabinett Stresemann festhalten.

Auch der demokratische Fraktionsvorstand faßte den Beschluß, sich an dem Mißtrauensvotum nicht zu beteiligen. Als Redner für die Demokraten wird in der politischen Aussprache der Abgeordnete Erkelenz sprechen, für die Deutschnationalen deren Führer Hergt.

Erklärung Zeigners. Der ehemalige sächsische Ministerpräsident bittet uns um Veröffentlichung folgender Erklärung:

„Die bürgerliche Presse veröffentlicht Mitteilungen über ein gegen mich schwebendes Ermittlungsverfahren. In diesem Verfahren werde ich Rede und Antwort stehen und es wird sich ergeben, daß alle Mitteilungen bösartige Entstellungen oder politische Tendenzbehauptungen sind. Ich habe nicht für amtliche Handlungen geldliche oder Geldwerte-Entschädigungen erhalten. Dr. E. Zeigner.“

Die Pariser Beratungen.

Vor einem französisch-englischen Kompromiß.

SPD. Berlin, 20. November. (Drahtbericht.)

Die **Botschafterkonferenz** in Paris hat am Montagvormittag von 11½ bis 1½ Uhr beraten und sich dann auf abends 6 Uhr vertagt. Die Sitzung am Abend war aber nur von halbstündiger Dauer, weil der englische Botschafter seine Instruktionen nicht erhalten hatte. Die Weiterberatung soll am Dienstagvormittag stattfinden.

Der **französische Ministerrat** hatte in der Zwischenzeit unter Millerands Vorsitz von 2½ bis 4½ Uhr eine Sitzung, über die offiziell folgendes mitgeteilt wird:

„Der Ministerpräsident hat den Ministerrat über die Verhandlungen der Botschafterkonferenz unterrichtet. Die Regierung hat die vom Ministerpräsidenten in den Verhandlungen eingenommene Haltung einmütig gebilligt.“

In Paris herrscht, nach Meldung der „Vossischen Zeitung“, **der Eindruck vor, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich zustande komme.** Die offiziellen Bemühungen zur Herbeiführung einer Verständigung sind am Montag früh wieder aufgenommen worden. Neben Cambon und dem englischen Botschafter sind auch die Italiener eifrig an diesen Bemühungen beteiligt. An der Sitzung der Botschafterkonferenz hatte auch der amerikanische Botschafter teilgenommen. Im Verlaufe der beiden Sitzungen des Tages sind

zwei Entwürfe für Noten an die deutsche Regierung ausgearbeitet worden, eine über die Kronprinzenfrage, eine andere über die Frage der interalliierten Militärkontrolle.

Jeder dieser Notenentwürfe ist in englischer und in französischer Sprache abgefaßt, beide Texte haben im großen und ganzen einen übereinstimmenden Inhalt, aber in gewissen Punkten bestehen noch Unterschiede, die die heutige Aussprache beseitigen soll.

Die Verbündeten drohen keine Sanktionen an und behalten es sich vor, nach Beantwortung ihrer Note durch Deutschland darüber zu beraten, welche Sanktionen eventuell erforderlich wären.

Die Anhörung der deutschen Vertreter durch die Reparationskommission ist endgültig auf Freitagvormittag festgesetzt. Die Reichsregierung wird Beamte der in Frage kommenden Ministerien nach Paris entsenden.

Der abgeschwächte Poincaré.

Havas veröffentlicht offiziell eine Note, die sich auf die Rede Poincarés in Neuilly beziehungsweise auf die Mißverständnisse, denen ihr Wortlaut ausgesetzt war, bezieht. Es heißt da in der Note:

Gewisse Blätter scheinen den Sinn der Worte, die der französische Ministerpräsident ausgesprochen hat, nicht verstanden zu haben. Er erklärte: Wir sind im übrigen entschlossen, die auf Grund des Friedensvertrages besetzten Gebiete nicht zu räumen, bevor nicht alle in dem Versailler Vertrag unterzeichneten Klauseln vollkommen erfüllt sind. Diese Worte bezogen sich auf die besetzten Gebiete am linken Rheinufer und auf die Brückenköpfe. Es versteht sich von selbst, daß sie sich nicht auf das Ruhrgebiet beziehen können, über das keinerlei Entscheidung getroffen werden kann ohne ein vorheriges Uebereinkommen zwischen Frankreich und Belgien.

Der Schrei nach der Diktatur.

Folgenden Artikel der „Deutschnationalen Korrespondenz“, Amtliches Organ der Deutschnationalen Volkspartei, geben wir ohne Kommentar wieder:

„Wenn der Reichstag am Dienstag zusammentritt und Herrn Stresemann ein Mißtrauensvotum ausspricht, so ist es der Reichstag, der die Krise zu Ende bringt, und der aus seiner Mitte die neue Regierung bestellt. Das darf nicht sein. Der Reichstag hat abgewirtschaftet und ist erledigt! Alle Möglichkeiten, die er in sich barg, sind erschöpft. Mit dem Zwange innerer Folgerichtigkeit ist unsere staatsrechtliche Entwicklung immer mehr der Diktatur entgegengegangen. Das darf jetzt nicht wieder rückgängig gemacht werden. Hat der Reichstag in den letzten Wochen sich selbst bei lebendigem Leibe begraben lassen, so soll man nun die Toten ihre Toten begraben lassen. Ihn zur Beendigung der Krisis noch einmal zu bemühen, hieße die ganze Entwicklung rückgängig machen, die in Schauder und Not sich doch in den letzten drei Monaten zum Heile vollzogen hat.

Darum bleibt nur eins. Jetzt muß mit der Diktatur voller Ernst gemacht werden. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reich und in den Ländern, dem der Reichspräsident bereits die ganze Befehlsgewalt über die Reichswehr übertragen hat, muß nun auch das Reichskanzleramt erhalten. Und zwar, ohne daß der Reichstag darüber beschließt. Er muß damit verfassungsmäßig die Möglichkeit bekommen, die von ihm ausgewählten Mitarbeiter als Fachminister an die Spitze der einzelnen Reichsministerien zu stellen, in seiner Person aber die Einheitlichkeit und Entschlußkraft der ganzen Regierung verkörpern. Nur so läßt sich die Unstimmigkeit überwinden, die heute noch in den staatsrechtlichen Zuständen des Reiches steckt. Der Inhaber der militärischen und zivilen Befehlsgewalt darf auf die Dauer nicht ein Reichskabinett neben sich haben, das, wenn es auch nur ein Schattendasein führt, ihm doch immer wieder Knüppel zwischen die Füße zu werfen vermag. Erst wenn die volle Regierungsgewalt in einer Hand vereinigt ist, ist die Möglichkeit rettender Maßnahmen gegeben.

Der Reichstag braucht dann nicht erst berufen zu werden. Will er aus eigenem Rechte zusammentreten, so wird er aufgelöst. Da Neuwahlen bei dem chaotischen Zustand des Augenblicks nicht möglich sind, muß der Diktator dann zunächst weiter regieren, indem er, unter der Voraussetzung zukünftiger Indemnität, auch die gesetzgebende Gewalt seinerseits übernimmt.“

Goldnotenbank und Auslandskredite.

Ueber die in Aussicht stehenden Auslandskredite für Deutschland meldet die „Vossische Zeitung“, daß es sich um Kredite aus Amerika, England und Holland handele. Hervorragende Bankfirmen aus diesen Ländern werden sich an der Errichtung der Goldnotenbank, welche die endgültige Lösung des deutschen Währungsproblems bilden soll, mit einem Kredit in der Gesamthöhe von 1400 Millionen Goldmark beteiligen. Der Vertrag soll schon in den allernächsten Tagen fertiggestellt werden.

Gefahren für die Rentenmark.

Trotzdem die Rentenmark ein reines Inlandszahlungsmittel sein soll, ist ihr Wert von der Beurteilung durch das Ausland abhängig, da die Bewertung der ausländischen Börse darüber entscheiden wird, ob sie als Zahlungsmittel uns über die nächsten Monate hinweghelfen kann. Diese Bewertung in London und New York ist natürlich von der öffentlichen Meinung der Länder des Auslandes in erster Linie abhängig. Ist diese günstig, so wird die Rentenmark bis auf weiteres nahe an die Goldparität notieren; ist sie ungünstig, so werden wir mit einer starken Entwertung rechnen müssen. Deshalb ist es besonders wichtig, wie ein bedeutender französischer Finanzwirtschaftler darüber urteilt. Professor Jeze schreibt in einem Aufsatz, den er im „Populaire“, dem Blatt unserer französischen Genossen — also gewiß an unverdächtiger Stelle — veröffentlicht, wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, folgendes:

„Jeze ist außerordentlich skeptisch. Er erinnert daran, daß die französische Republik während der großen Revolution nicht weniger als drei Staatsbankerotte aufzuweisen gehabt habe, während Deutschland jetzt mit der Liquidation des ersten beginne. Nach seiner Meinung ist eine finanzielle Sanierung in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick ganz unmöglich. Die Ausgabe eines neuen papiernen Zahlungsmittels sei kein Heilmittel von Dauer. Nur die politische Gesundung könne zur Reorganisierung der Finanzen und der Währung führen, genau wie Frankreich erst mit Napoleon wieder zu geordneten Verhältnissen gelangt sei. Dazu komme die völlig unzulängliche Garantierung des neuen deutschen Zahlungsmittels. Eine Generalhypothek sei keine wirkliche Garantie, nur eine spezielle Sicherung habe reellen Wert. Diese fehle in der deutschen Währung, ebenso wie die für die Stabilität einer Geldschöpfung absolut unerläßliche Gewißheit, daß die Ausgabe des neuen Zahlungsmittels auf einen bestimmten Betrag beschränkt bleibe.“

Dies gibt uns Gelegenheit, neuerdings mit äußerstem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß es höchste, aber auch allerhöchste Zeit ist, daß aus der Generalhypothek, die, wirtschaftlich gesehen, keinerlei Garantie darstellt, eine Spezialhypothek wird, d. h., daß die Rentenbriefe auf die einzelnen Grundstücke usw. gelegt werden, so wie das bei der Ausstellung privater Hypotheken gang und gäbe ist. Es muß also eine direkte Belastung der einzelnen Objekte erfolgen. Geschieht das nicht baldigst, so wird keinerlei Macht der Welt imstande sein, die Rentenmark vor einer Entwertung zu schützen. Das muß aber um der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Stabilität willen, die wir so überaus notwendig brauchen, vermieden werden.

Die Kritik am englischen Kohlenkredit.

Die Londoner Verhandlungen zwischen den Vertretern englischer Firmen und den Vertretern des Verkehrsministeriums des Eisenbahnzentralamts, des Kohlensyndikats, der Kohleneinfuhrgesellschaft, Cäsar Wollheim (Hedwigshütte) und der Finanzgruppe Verkehrs-Kreditbank Bleichröder über einen Kohlenkredit an Deutschland sind, wie wir bereits gemeldet haben, endlich zum Abschluß gekommen. Die englischen Kontrahenten stellen ein Darlehen von 8 Millionen Pfund zur Verfügung, das aber nur nach Maßgabe der tatsächlichen Industriegarantien durch Deutschland in Anspruch genommen werden darf. **Deutschland hat Sicherheitsleistungen geben müssen, so u. a. eine erste Hypothek auf unerschlossene Braunkohlenfelder bei Bitterfeld und Lübbenau.** Weiter soll die Kaliindustrie Exportdevisen zur Rückzahlung des Kredits zur Verfügung stellen.

Hierzu bemerkt der SPD.:

Der Vertrag wird augenblicklich in der Oeffentlichkeit stark kritisiert. Ohne Zweifel ist der Import englischer Kohle, besonders die eventuelle Abgabe von Kaliexportdevisen, eine schwere Belastung für die deutsche Volkswirtschaft und den deutschen Wechselkurs. Jedoch handelt die Reichseisenbahn aus einer gewissen Zwangslage heraus, da aus der deutschen Förderung nur 350 Tonnen, die man allerdings jetzt auf 550 Tonnen steigern zu können glaubt, zur Verfügung stehen, während sie monatlich gut 1 000 000 Tonnen braucht. Selbstverständlich muß sich die deutsche Wirtschaft unter Aufbietung aller Kraft von dem Bezug

---

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

Deutsch von Julia Koppel.

[25]

11.

Indem Hjarmer die Tür öffnete, um ins Kontor zurückzukehren, kam Doktor Sylt hastig aus dem Eßzimmer, von Fräulein Sindal gefolgt.

Der Amtsvorsteher drehte sich auf das Geräusch hin um. Im selben Augenblick, als er des Doktors Gesicht sah — er war ganz weiß um die Nase herum, und die Lippen waren fest aufeinandergepreßt — wußte er, daß es schlimm mit Ellen stand.

„Doktor!“ sagte er atemlos und streckte die Hand nach ihm aus.

Der Doktor warf ihm einen hastigen Blick zu und sah dann gleich wieder fort. Dann sagte er kurz und hart:

„Das Fieber ist gestiegen, und die Atemnot nimmt zu. Ich habe eine Einspritzung gemacht!“

Hjarmer wurde bleich. Er musterte die kleinen, scharfen Augen und fragte angstvoll:

„Morphium?“

„Nein!“ sagte der Arzt und hob die Schultern.

„Sagen Sie es!“ drängte der Amtsvorsteher.

Doktor Sylt sah ihn fest an und antwortete:

„Serum, Hjarmer!“

„Diphtheritis?“ fragte er leise und atemlos.

„Ich fürchte es!“

Frau Helwig, die am Flügel stand, hatte sich zu Doktor Sylt umgewandt und folgte dem Gespräch mit einem seltsamen, halb unbewußten Ausdruck in ihren großen, exaltierten Augen.

Als das schicksalschwangere Wort fiel, wechselte sie die Farbe. Sie blieb einen Augenblick stehen, wie um sich zu sammeln, dann stürzte sie auf Doktor Sylt zu und packte ihn am Arm:

„Diphtheritis?“

Es klang wie ein Schrei.

Er sah sie überrascht an; und als er nicht antwortete, fügte sie mit einer Stimme hinzu, die vor Angst bebte:

„Es ist also Gefahr vorhanden.“

Er zögerte einen Augenblick, als überlegte er, wieviel er ihr sagen dürfte.

„Es ist stets Gefahr vorhanden, Frau Hjarmer,“ sagte er ausweichend, mit seiner ernsten, melancholischen Stimme — „es ist stets Gefahr vorhanden für uns arme Menschenkinder!“

Sie stand einen Augenblick und sah ihn an, während ihre Augen größer und größer wurden. Dann verzog die Oberlippe sich wie im Krampf. Sie faßte sich mit beiden Händen an die Schläfen und rief:

„Ich bin es! — Es ist meine Schuld!“

Werner machte eine plötzliche und heftige Bewegung auf sie zu, als wolle er sie greifen und stützen. Dann hielt er inne und ballte die Hände wegen seiner Ohnmacht, während Hjarmer sich ihr verblüfft und ängstlich mit ausgebreiteten Armen näherte:

„Aber Liebste!“

„Ich will mein Kind sehen!“ rief sie, stieß den Arzt beiseite und lief an Fräulein Selma vorbei, die mit großen, klaren Tränen in ihren treuherzigen Augen die Hand ausstreckte, um sie zurückzuhalten, und eilte zur Eßzimmertür.

„Ellen!“ rief sie in größter Angst.

Da sprang Doktor Sylt hinzu, und es gelang ihm, ihre Arme von hinten zu fassen, bevor sie draußen war.

„Jetzt nicht!“ sagte er gebietend und hielt sie mit Gewalt zurück.

„Lassen Sie mich los!“ Sie wandte den Kopf mit einem zornigen Blick zu ihm um und versuchte sich mit aller Kraft loszureißen. „Ich will mein Kind sehen!“

Doktor Sylt war aber stärker. Seine behaarten Bärentatzen hielten sie fest.

„Sie bleiben hier!“ sagte er kurz und streng. „Das Kind soll Ruhe haben.“

Fräulein Selma konnte nicht länger an sich halten. Sie stürzte auf ihn los und sagte mit großen, erzürnten Augen:

„Sie, der Sie von Instinkten sprechen, wollen eine Mutter verhindern, zu ihrem Kinde zu gehen?“

„Das verstehen Sie nicht!“

Frau Helwig warf den Kopf zurück, während ihr Gesicht sich verzerrte.

„Sie stirbt!“ rief sie hysterisch. „Und es ist eine Schuld! — Ich will mein Kind sehen!“

Ihre Brust arbeitete heftig, und die feinen Nasenflügel zitterten krampfartig, während ein leidenschaftliches Weinen sich Bahn brechen wollte.

Hjarmer war herangetreten. Er streckte ihr bittend die Hand entgegen:

„Liebste — hör doch, was Doktor Sylt sagt!“

Doktor Sylt aber sagte in ruhig gebietendem Ton, indem er sie fest ansah:

„Wenn Sie in diesem mondsüchtigen Zustand, in dem Sie sich befinden, zu ihr kommen, ist sowohl für Sie wie für das Kind Gefahr vorhanden. Haben Sie mich verstanden?“

Jetzt saß ihr das Weinen in der Kehle; es wurde zu einem Schluchzen, das sich in Tränen Luft machte und ihren Widerstand brach. Sie beugte den Kopf; ihre Arme erschlafften, und sie ließ sich willenlos von Doktor Sylt zum Lehnstuhl führen, den er für sie zurechtstellte. Liebevoll und tröstend sagte er zu ihr wie man zu einem betrübten Kinde spricht:

„So, meine liebe Frau Hjarmer, setzen Sie sich jetzt! — Eine augenblickliche Gefahr ist nicht vorhanden. Aber es gilt, beizeiten auf dem Posten zu sein. Darum habe ich die Einspritzung gemacht.“

Als er sah, daß der Anfall ganz vorüber war und die Tränen an ihrem gesenkten Antlitz hinabrannen, während die Brust sich wieder beruhigte, richtete er sich auf und sagte:

„Jetzt muß ich zu Bäcker Jörgensens. Es wurde nach mir geschickt, als ich vorhin zu Hause war. Wenn ich dort fertig bin, komme ich zurück; dann wird es sich zeigen, ob —“

„Ob was?“ fragte Hjarmer flüsternd, als der Arzt unwillkürlich innehielt.

„Ob ich ohne Grund gefürchtet habe. Im Augenblick kann ich nichts weiter tun. Auf Wiedersehen!“

12.

Als Doktor Sylt gegangen war, wurde von keinem der Anwesenden ein Wort gesprochen.

Frau Helwig saß leise weinend im Lehnstuhl, während Fräulein Selma über den Sessel gelehnt stand und ihr sanft mit ihrer rundlichen Hand über das feine Bronzehaar strich.

Hjarmer stand am Flügel und sah sie an, wußte aber nicht, was er sagen sollte.

Werner Hilsöe war der erste, der das Schweigen brach.

Er saß mit den Händen zwischen den Knien und starrte vor sich hin wie ein Mann, dem plötzlich etwas zertrümmert worden ist.

Dann erhob er sich langsam, knöpfte seinen Rock zu und fragte:

„Herr Amtsvorsteher, sagen Sie mir, bitte, wann der erste Zug geht.“

Hjarmer richtete sich auf und fragte nervös:

„Wollen Sie abreisen?“

„Ja, ich will abreisen!“ antwortete er leise und klanglos.

Hjarmer sammelte sich. Er fühlte, daß er seiner ganzen geistigen Kraft bedurfte, fühlte, daß er in diesem Augenblick nicht länger an Frau und Kind denken durfte.

„Fürchten Sie sich vor Ansteckung?“ fragte er und näherte sich ihm.

„Nein!“ kam es abweisend.

„Sie haben sich schnell umgestimmt, Herr Ingenieur!“

Er legte mit Absicht einen Klang von Ironie in seine Stimme.

„Ich sagte Ihnen vorhin, daß ich nicht wüßte, ob ich bleiben könne. Jetzt weiß ich, daß ich es nicht kann.“

Hjarmer ließ sich nicht so leicht abfertigen. „Ist es indiskret, nach dem Grund Ihres plötzlichen Entschlusses zu fragen?“

„Der Grund?“ Werner Hilsöe sah abweisend auf ihn herab. „Ist die Krankheit Ihres Kindes nicht Grund genug? — Heute nacht ist ein Fremder hier doch nur eine Last!“ fügte er hinzu, ohne den Versuch zu machen, die Bitterkeit in seinem Gemüt zu verbergen.

Fräulein Selma sah auf und sagte mit Entschiedenheit:

„Darin hat Herr Hilsöe recht!“

„Wann der erste Morgenzug geht, kann ich Ihnen nicht sagen,“ sagte Hjarmer, „aber ich versichere Ihnen, daß Ihre Anwesenheit — im Fremdenzimmer — in keiner Weise —“

„Der erste Zug geht fünf Uhr zehn, Herr Hilsöe!“ unterbrach Fräulein Selma.

„Danke!“

Hilsöe knöpfte seinen Rock zu und sah verstohlen zu Frau Helwig hinüber, die mit abgewandtem Kopf unbeweglich im Lehnstuhl saß.

(Fortsetzung folgt.)